T E XTT E I L zum Bebauungsplan der Stadt Hancu - Stadtteil Klein-Auheim - für das Plangebiet

' Westlich der Sudetendeutschen Straße'

# FESTSETZUNGEN

## HINWEISE

# 1. Allgemeines

1.1

Der Anwendungsbereich dieser Textfestsetzung ist durch den zeichnerisch dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzt.

1.2

In die jeweiligen Baugenehmigungsbescheide ist folgender Zusatz aufzunehmen:

Das Fernmeldeamt 4 in Frankfurt ist mind. 6 Monate vor Beginn der Baumaßnahmen zu verständigen, damit die erforderlichen Arbeiten für den Schutz
und die Erweiterung-der-Fernmeldeanlagen rechtzeitig vorbereitet und
durchgeführt werden können.

1.3

Zur Sicherstellung des ungestörten Hörfunk- und Fernsehempfanges ist bei Bauveranfragen und Bauantrügen, welche die Errichtung von Gebäuden beinhalten, die die umgebende Bebauung um 2 Geschosse (ca. 6 m) und mehr Überragen, oder aus denenen sich ergibt, daß metallische Außenflächen verwendet werden sollen, zu prüfen:

- a) Für welchen Bereich ist mit Störungen zu rechnen ?
- b) Mit welchen McBnahmen und Bauauflagen ist die Sicherstellung bzw. Wiederherstellung der ungestörten Rundfunk- und Fernsehversorgung zu gewährleisten?

# HINWEISE

2. Das Bauland und seine Nutzung

2.1

Im Geitungsbereich dieses Bebauungsplanes sind folgende Baugebiete ausgewiesen:

Reines Wohngebiet (WR)
Allgemeines Wohngebiet (WA)
und zwei Flüchen für den Gemeinbedarf.
Die Baugebiete, das Maß der baulichen
Nutzung und die Bauweise sind in der
Zeichnung festgesetzt.

- 2.2 Für den Bereich, in dem die
  Zeichnung 1- und 2-geschossige
  Bauweise festsetzt, sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als zwei
  Wohnungen zulässig. § 3 (4) Baunutzungsvererdnung (BauNVO)
- 2.3 Die notwendigen Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der durch die entsprechenden Festsetzungen gekennzeichneten Flächen oder innerhalb der überbauberen Grundstücksflächen zulässig.

§ 9 (1) 4 Bundesbaugesetz (BBcuG)

2.4 Die in der Zeichnung dargestellten, mit Leitungsrechten zu belastetenden Flächen sind zugunsten der jeweils zuständigen Versorgungsträger einzutragen.

§ 9 (1) 21 BBauG

2.5 Die Höhe des Erdgeschaßfußbodens über der Hinterkante des Gehsteiges darf o,60 m nicht übersteigen.

§ 9 (2) BBauG

### HINWEISE

2,6

Für die Bauwerks- und Grenzabstände gelten die Bestimmungen der Hess. Bauordnung (HBO) in der jeweils gültigen Fassung.

2.7

Kinderspielplätze für Kleinkinder bis 6 Jahren sind auf dem jeweiligen Baugrundstück anzulegen und im Rahmen des Bauantrages nachzuweisen. Erlaß des Hess. Ministers des Innern VA1/VA4-64 c 26-2/75 (Staatsanzeiger 26/1975, Seite 1141) vom 12.6.1975.

Einzelheiten über Einrichtungen, Gestaltung und Unterhaltung regelt der vorstehende Erlaß in Verbindung mit der HBO.

2.8 Für Mehrfamilienhäuser sind nur zusammengefasste Müllboxanlagen zulässig.

# § 9 (1) 4 BBauG

2.9 In den Wohngebieten sind 7/10 der nicht Überbauten Grundstücksfreiflächen als Grünflächen anzulegen und zu unterhalten. Diese Grünflächen sollen eine 25 %ige Baum- und Gehölzpflanzung einschließen.Ein Baum entspricht 25 m², ein Strauch entspricht 1 m².

Vorgärten sind in den Wohngebieten als zusammenhängende Grünflächen zu gestalten und
zu unterhalten. Sie sind als Rosenfläche
oder als bodendeckende Pflanzung anzulegenIn jedem Vorgarten ist ein den Grundstücksverhältnissen entsprechender Baum zu pflanzen und zu unterhalten. Hecken als Einfriedigung der Vorgärten dürfen eine Höhe von
1,0 m nicht überschreiten.

HINWEISE

Der vorhandene Bewuchs ist soweit wie möglich zu schonen. Bäume mit mehr als 50 cm Stammumfang (gemessen in 1,00 m Höhe) sind zu erhalten, sofern sie die Durchführung zulässiger Bauvorhaben nicht unzumutbar erschweren. Ausnahmen hiervon sind nur zulässig, wenn an anderer Stelle des Grundstücks für eine angemessene Ersatzpflanzung Sorge getragen wird.

§ 9 (1) 25 BBauG

2.10 Auf öffentl. und privaten Parkplätzen oder anderen PKW-Stellflächen ist auf Pflanzstreifen oder Pflanzinseln jeweils für 4 - 6 Stellplätze ein Baum zu pflanzen und zu unterhalten.

§ 9 (1) 25 o BBauG

# 3.c Gestaltungsvorschriften

§ 118 der HBO in der Fassung v. 31.8.76.

- 3.1 Für Doppelhäuser und Hausgruppen können ausnahmsweise andere als in der Zeichnung festgesetzte Dachformen zugelassen werden.
- 3.2 Bei einer gemeinsamen Grenzbebauung mit Guragen ist deren Gesamthähe, Tiefe und Gestaltung aufeinander abzustimmen.
- 3.3 Einfriedigungen sind straßenseitig und seitlich innerhalb der Vorgaztenbereiche bis auf
  eine Höhe von 1,25 m zulässig.
  Für Einfriedigungen ist durchbrochenes Material zu verwenden. Sockelmauern sind zulässig. Einfriedigungen an Nachbargrenzen
  sind über eine Höhe von 1,50 m unzulässig.

HINWEISE

- 3.4 Ausnahmsweise können als Bildung von geschützten Freisitzen Begrenzungsmauern zu den seitlichen Nachbargrundstücken zugelassen werden.
- 3.5 Bei Gebäuden, die die höchstzulässige Geschoßzahl erreichen, sind Kniestöcke (Drempel) und Docheufbeuten (Gaupen) nicht zulässig. Soweit techn. Dachaufbauten erforderlich sind, sind sie so baulich zu verkleiden, daß sie nicht störend in Erscheinung treten.

beruglich de Uniestache Lidimen Befreiungen Sis ~ 75 cm in Sessiest Ainsieut gestellt werden ( da Serits Zahlreiche vorhander

3.6

Grundstücke, die binnen eines
Jahres nach Rechtskraft dieses Bebauungsplansmicht bebaut werden,
sind als Grünflächen anzulegen und
zu unterhalten.

3.7 Zusammen mit den Bauanträgen ist
ein Flüchengestaltungsplan zur Genehmigung durch-die Bauaufsichtsbehörde vorzulegen, der u. a. die Anordnung der Kinderspielplätze, PKVEinstellplätze und Mülltonnenstellplätze zu enthalten hat.

DER VORSTEHENDE TEXTTEIL IST BESTANDTEIL DES BEBAUUNGSPLANES NR. 809 DER STADT HANAU - STADTTEIL KLEIN-AUHEIM - FÜR DAS PLANGEBIET 'WESTLICH DER SUDETENDEUTSCHEN-STRASSE'.

# **Amtliche Bekanntmachuang** der Stadt Hanau

Anderung der Gestaltungssatzungen zu den Behauungsplänen Nr. 37 42, 714.1, 721 b, 725, 809 und 905.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau hat in ihrer Sitzung am 21. 3. 93 aufgrund § 5 Hess. Gemeindeordnung die Pestsetzungen zur Ge-staltung (entsprechend § 9 (4) Baugesetzbuch in Verbindung mit § 118 (1) Hess. Bauordnung) in den rechtsverbindlichen Bebauungsplänen.

Nr. 37 Nr. 42 "Am Schwaberg" "Der Kirchberg"

Nr. 714.1 "Nordöstlich der Pfaffenbrunnenstraße" Nr. 721 b "Zwischen Schachenwald- und Röderstraße" "Burggraben"

Nr. 725 "Westlich der Sudetendeutschen Straße" Nr. 905 "Degussa-Waldsiedlung"

(Übersichtspläne der jeweiligen Geltungsbereiche siehe Anhang) wie folgt geändert bzw. ergänzt:

#### 1. Gaupen

Dachgaupen sind bei ein- und zweigeschossigen Gebäuden mit geneigten Dächern zulässig.

Die Breiten der Gaupen einer Dachfläche dürfen zusammen nicht mehr als 50 % der dazugehörigen Außenwandlänge des Gebäudes einneh-

Die Seitenwände der Gaupen müssen von den Giebelwänden, Graten und Dachkehlen einen Abstand von mind. 1,50 m einhalten.

Die Oberkanten der Gaupen in der Ansichtsebene dürfen das Maß von 1/2 der Dachhöhe, gemessen in der Senkrechten zwischen der Höhe der Dachfraufe und dem Dachfirst, nicht überschreiten.

Die Ansichtsflächen der Gaupen sind überwiegend als Fensterfläche

Die Vorderkante der Gaupe ist gegenüber der Vorderkante der zugehörigen Außenwand mindestens um das Maß von 50 cm zurückzusetzen.

#### Zwerchhäuser

Zwerchhäuser sind bei ein- und zweigeschossigen Gebäuden mit geneigten Dächern zulässig.

Zwerchhäuser dürfen die Länge der Traufe eines geneigten Daches um nicht mehr als 25 % unterbrechen.

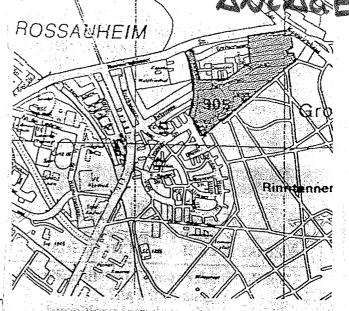
nicht mehr als 25 % unterbrechen. Die Breite von Zwerchhäusern wird auf das zulässige Gesamtmaß der HU-Steinneim B-Pläne Nr. 714.1, 721 b und 725

Diese Satzungsänderungen treten am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

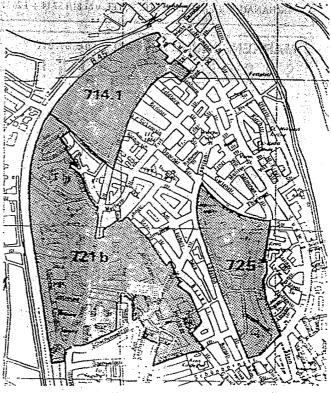
Der Magistrat der Stadt Hanau Dressler Stadtbaurat

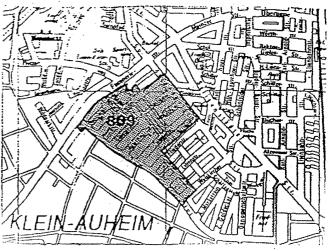
Anhang Übersichtspläne der betreffenden Geltungsbereiche:





HU-Großauheim B-Plan 905





BU-Mittelbuchen